

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **November 2016**

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit über 130 Gästen haben wir am 29. Oktober das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge in NRW gewürdigt und das 30-jährige Bestehen unseres Vereins gefeiert. Die Freude über dieses Jubiläum ist nicht ungetrübt, denn es zeigt, dass der Flüchtlingsrat NRW nach wie vor notwendig ist. Die Zahl der Flüchtlinge ist weltweit so hoch wie nie zuvor, in ganz Europa machen fremdenfeindliche Kräfte mobil und in Deutschland folgt eine Gesetzesverschärfung auf die andere. Um sich in solchen Zeiten nicht entmutigen zu lassen, ist es wichtig, auch das Positive nicht aus den Augen zu verlieren. Dazu zählt vor allem die ehrenamtliche Arbeit von unzähligen engagierten Menschen in NRW, die sich dem Abschottungstrend entgegensetzen und Flüchtlinge weiterhin willkommen heißen. In diesem Sinne danken und gratulieren wir dem diesjährigen Träger des Ehrenamtspreises, dem Verein Flüchtlinge werden Nachbarn in Ense, stellvertretend für viele, viele andere.

Wenn Ihr den Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen\(at\)frnrw.de](mailto:initiativen(at)frnrw.de).

Über 130 Gäste bei Preisverleihung und Jubiläumsfeier in Essen

Der Andrang war groß, als der Flüchtlingsrat NRW am 29. Oktober in Essen zum ersten Mal seinen Ehrenamtspreis verlieh. Über 130 Gäste aus dem gesamten Bundesland, unter ihnen Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen, waren an diesem Samstagnachmittag in das Altenessener Kulturzentrum Zeche Carl gekommen, um den ehrenamtlichen Einsatz für Flüchtlinge zu würdigen und das 30-jährige Bestehen des Flüchtlingsrats NRW zu feiern. In kurzen Dokumentarfilmen, die Studierende der Fachhochschule Dortmund produziert hatten, wurden die acht für den Ehrenamtspreis nominierten Initiativen und Einzelpersonen vorgestellt. Vertreterinnen* von Flüchtlingsrat NRW, DGB und PRO ASYL lobten in ihren Redebeiträgen den unverzichtbaren Einsatz von ehrenamtlichen Helferinnen, sparten aber auch nicht mit Kritik an den zahlreichen Verschärfungen des Asylrechts, die in den letzten Monaten von der Politik durchgesetzt wurden. Kurz vor der Preisverleihung war die Spannung unter den Gästen groß, denn die Jury hatte ihre Entscheidung bis zuletzt geheim gehalten. Gegen 19.00 Uhr baten Ali Ismailovski und Birgit Naujoks, die den Flüchtlingsrat NRW in der Jury vertreten hatten, alle Nominierten nach vorne. Einige der Initiativen waren mit zehn oder mehr Aktiven angereist, sodass die Bühne gut gefüllt war, als Ali Ismailovski schließlich den Verein Flüchtlinge werden Nachbarn in Ense zum Preisträger erklärte. Obwohl es Flüchtlingsinitiativen gerade im ländlichen Raum oft schwer hätten, habe der Verein aus

dem Kreis Soest mit seinem nachhaltigen Ansatz auf Augenhöhe überzeugt. Doch wer die filmischen Porträts und die zahlreichen Infostände der anwesenden Flüchtlingsinitiativen gesehen hatte, dem war klar, wie schwer der Jury die Auswahl gefallen sein muss. Und so betonte auch Daniel Keil als Vertreter des Vereins aus Ense, dass er die Auszeichnung mit Stolz stellvertretend für alle aktiven Flüchtlingshelferinnen in NRW entgegennehme. Im Anschluss an die Preisverleihung gab das Künstler-Duo „Zuvielcourage“ im Zuge einer kleinen Schauspieleinlage praktische Tipps mit zum Umgang mit populistischen und flüchtlingsfeindlichen Scharfmacherinnen. Zum Ausklang eines rundum gelungenen Abends stießen die Gäste mit Sekt und Orangensaft auf das 30-jährige Bestehen des Flüchtlingsrats NRW an.



Stellvertretend für viele hält Daniel Keil vom Verein Flüchtlinge werden Nachbarn in Ense den Ehrenamtspreis des Flüchtlingsrats NRW in der Hand. (Foto: Julia Gorlt)

30 Jahre Flüchtlingsrat NRW: Jetzt erst recht!

Im Dezember 1986 schlossen sich bei einer gemeinsamen Tagung in Mülheim örtliche Asylarbeitskreise und Flüchtlingsinitiativen zum Flüchtlingsrat NRW zusammen. 30 Jahre ist das nun her und vieles hat sich seither geändert: Unser Verein, dessen Arbeit mittlerweile durch die Landesregierung und andere öffentliche Stellen gefördert wird, aber auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die heute von einer beispiellosen Hilfsbereitschaft auf der einen und dem bedrohlichen Aufstieg fremdenfeindlicher Kräfte auf der anderen Seite geprägt sind.

Unter dem Titel „30 Jahre Flüchtlingsrat NRW: Jetzt erst recht!“ haben wir Ende Oktober eine Broschüre veröffentlicht, in der wir sowohl die Mitglieder unseres Vereins als auch Vertreterinnen aus Politik und Gesellschaft zu Wort kommen und auf die letzten drei Jahrzehnte zurückblicken lassen. Glückwünsche und Grußworte haben wir unter anderem von der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, vom Landesjugendring und von Amnesty International erhalten.

Aber auch Mitstreiterinnen der ersten Stunde geben in ihren Berichten einen lebendigen Einblick in die Anfangszeiten des Vereins.

In allen Beiträgen wird eines deutlich: Das große Ziel des Flüchtlingsrats NRW, die Selbstaflösung wegen fehlender Notwendigkeit, liegt in weiter Ferne. Der Flüchtlingsrat NRW wird gebraucht. Heute genauso wie vor 30 Jahren. Und so werden wir uns – trotz und gerade wegen der zunehmenden flüchtlingsfeindlichen Stimmung in Politik und Gesellschaft – auch weiterhin für eine humane und gerechte Asylpolitik einsetzen. Jetzt erst recht!

Broschüre „30 Jahre Flüchtlingsrat NRW: Jetzt erst recht!“

Bundesregierung will Abschiebungen forcieren

Eine „Nationale Kraftanstrengung“ bei der Abschiebung abgelehnter Asylsuchender hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Oktober auf einer Versammlung der „Jungen Union“ angekündigt. Es war eine martialische Wortwahl für die Regierungschefin, die bislang gerade in der Flüchtlingsfrage meist eher für moderate Töne bekannt war. Die Ankündigung dürfte auch als Signal Merkels an die traditionell konservative Parteijugend gewesen sein, dass sie sich vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr wieder stärker auf die rechten Wählergruppen zubewegen will.

Fast zeitgleich mit der Rede Merkels veröffentlichte PRO ASYL einen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums, der die Ankündigung der Bundeskanzlerin konkretisiert. Mit der Einführung einer „Duldung zweiter Klasse“ sollen abgelehnte Asylsuchende noch stärker aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden als bisher, etwa in Hinblick auf den Arbeitsmarkt, Ausbildungsmöglichkeiten und Bleiberechtsregelungen. Viele Errungenschaften, die in den letzten Jahren mühsam erstritten wurden, würden dadurch konterkariert. Außerdem sollen die Inhaberinnen einer solchen „Duldung zweiter Klasse“ künftig auch ohne Vorankündigung abgeschoben werden können – selbst dann, wenn ihre Abschiebung bereits seit einem Jahr oder länger ausgesetzt war. Bislang mussten die Betroffenen in solchen Fällen mindestens einen Monat im Voraus über die bevorstehende Abschiebung informiert werden. Verschärfungen plant die Bundesregierung auch im Bereich des Ausreisegewahrsams und der Abschiebungshaft. Die Gründe für eine Abschiebungshaft werden ausgeweitet und die Höchstdauer der Ingewahrsamnahmen deutlich erhöht.

PRO ASYL hat die geplanten Regelungen als „inhuman“ bezeichnet und appelliert an Regierung und Parlament, den Entwurf zu stoppen.

PRO ASYL veröffentlicht Gesetzentwurf des BMI (14.10.2016)

Bundesamt bearbeitet Rekordzahl an Anträgen

Im September 2016 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Asylanträge von 69.874 Schutzsuchenden entschieden. Das ist der bislang höchste Wert in der Geschichte der Behörde. Zwischen Januar und September 2016 hat das Bundesamt 460.000 Entscheidungen getroffen, ein Anstieg von über 160 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dadurch konnte auch die durchschnittliche Dauer des Asylverfahrens deutlich reduziert werden.

Was das Bundesamt als Erfolg feiert, stößt bei Flüchtlingsorganisationen wie PRO ASYL auf Kritik. Denn die Beschleunigung der Asylverfahren gehe vor allem zu Lasten der Entscheidungs- und Anhörungsqualität. Obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsstaaten nicht verändert habe, verweigere das Bundesamt Schutzsuchenden immer häufiger umfassenden asylrechtlichen Schutz, bemängelt die Organisation in einer Mitte Oktober veröffentlichten Pressemitteilung. Dass diese Entscheidungen des Bundesamts oft auch unter juristischen Gesichtspunkten angreifbar sind, belegen zahlreiche Gerichtsurteile der letzten Monate. Ende Oktober waren bei den Verwaltungsgerichten rund 19.500 Klagen von syrischen Flüchtlingen anhängig, denen das Bundesamt lediglich einen so genannten subsidiären Flüchtlingsschutz zugestanden hatte, der mit vielen Einschränkungen verbunden ist. In rund drei Vierteln der bislang bearbeiteten Fälle entschieden die Gerichte zu Gunsten der klagenden Flüchtlinge.

PRO ASYL: Die Operation „Senkung der Anerkennungsquoten“ geht weiter (12.10.2016)

Afghanistan: Weiterhin kein sicheres Herkunftsland

Die vielen gesetzlichen Änderungen in den vergangenen Wochen und Monaten haben für einige Verwirrungen gesorgt. Eine Frage, die sich immer wieder auftut, ist die, ob Afghanistan nun in die Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ aufgenommen wurde. Dies ist nicht der Fall. Dennoch sank die Anerkennungsquote für afghanische Flüchtlinge in Deutschland auf unter 50 Prozent, obwohl die Sicherheitslage in dem Land unverändert blieb. Im Jahr 2015 lag der Anteil der Flüchtlinge aus Afghanistan, die in Deutschland Schutz bekommen haben noch bei 77,6 Prozent. Diese desaströse Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wird sich in Folge eines EU-Übernahmeabkommens mit Afghanistan nun voraussichtlich zuspitzen. Anfang Oktober wurde zwischen der EU und Afghanistan ein Abkommen für afghanische Flüchtlinge verabschiedet. Laut Medienberichten haben sich die Vertragsparteien auf eine Zusicherung von mehreren Milliarden Euro seitens der Europäischen Union an die afghanische Regierung geeinigt, um die Entwicklung des Landes zu fördern. Im Gegenzug verlangt die EU die Rücknahme 80.000 afghanischer Flüchtlinge, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde. Laut PRO ASYL stellt dieser Deal „eine glatte Erpressung“ dar.

PRO ASYL: Afghanistan: Rückkehr in die Unsicherheit (19.10.2016)

PRO ASYL: EU-Afghanistan Konferenz: Aufbau der Abschiebelogistik (04.10.2016)

Termine

09.11.2016: Vortrag „Auswirkungen der ‚Flüchtlingskrise‘ auf die deutsche Volkswirtschaft“. 18.15 Uhr, Evangelisches Studienzentrum „die Brücke“, Universitätsstraße 19, Essen.
Weitere Informationen unter www.uni-due.de

19.11.2016: Tagung „Für eine echte Bleibeperspektive!“ 9.30 Uhr, FH Dortmund, Raum 1.01, Emil-Figge-Straße 44, Dortmund
Weitere Informationen unter www.fnrw.de

18.-19.11.2016: Fachkongress „Antiziganismus entgegenwirken! Aber: Wie?“ Hotel Tulip Inn, Arena-Str. 3, Düsseldorf.

Weitere Informationen unter www.politische-bildung.nrw.de

23.11.2016: Vortrag „Die Bedeutung von Flucht und Trauma bei Flüchtlingen“. 18.15 Uhr, Evangelisches Studienzentrum „die Brücke“, Universitätsstraße 19, Essen.

Weitere Informationen unter www.uni-due.de

02.-04.12.2016: Asylpolitisches Forum 2016. Haus Villigst, Iserlohner Str. 25, Schwerte.

Weitere Informationen unter www.kircheundgesellschaft.de

06.12.2016: Vernetzungstreffen „Arbeitsmarktliche Integration von Flüchtlingen in OWL“.

Weitere Informationen demnächst unter www.fnrnw.de

07.12.2016: Vortrag „Fluchtort Kommune – sozialräumliche Integration“. 18.15 Uhr, Evangelisches Studienzentrum „die Brücke“, Universitätsstraße 19, Essen.

Weitere Informationen unter www.uni-due.de

11.01.2017: Vortrag „Stadt mit sozialen Strategien entwickeln“. 18.15 Uhr, Evangelisches Studienzentrum „die Brücke“, Universitätsstraße 19, Essen.

Weitere Informationen unter www.uni-due.de

25.01.2017: Vortrag „Warum haben wir überhaupt Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen?“. 18.15 Uhr, Evangelisches Studienzentrum „die Brücke“, Universitätsstraße 19, Essen.

Weitere Informationen unter www.uni-due.de

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrnw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum